

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

21.1.1862 (No. 17)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 21. Januar.

N^o. 17.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 20. Jan. Neunte öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Hildebrandt. Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Lamey; der Präsident des Justizministeriums, Geh. Rath Dr. Stabel; Geh. Referendar Cron und Geh. Rath Dr. Jungmann.

Das Sekretariat zeigt zunächst den Einlauf einer großen Anzahl von Petitionen verschiedenen Inhalts an, die wir in dem nächsten Berichte näher bezeichnen werden.

Der Präsident zeigt der Kammer an, daß die Abgg. Heinge, Hauf und Huischmann durch Krankheit verhindert seien, in der heutigen Sitzung zu erscheinen, und daß der Abg. Rappert um einen kurzen Urlaub gebeten habe, welchem Gesuch von der Kammer stattgegeben wird.

Nach einer weiteren Anzeige von Seiten des Präsidenten hat Procurator Schüller beim königl. württembergischen Obergericht in Stuttgart der Kammer 60 Exemplare seiner Schrift über Gewerbefreiheit und Gewerbeordnung, sowie einige weitere Exemplare von hierauf bezüglichen Drucksachen zur Verfügung gestellt.

Die Abgg. Artaria, Buhl, Stüber und Knieß zeigen an, daß die von ihnen ausgearbeiteten Berichtserstattungen druckfertig seien.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, legt die Wahlakten bezüglich der Neuwahl der Abgg. Seig, Lamey und Hoffmeister vor; mit der Prüfung dieser Wahlakten werden die Vorstände der Abtheilungen betraut.

Die Kammer schreitet hierauf zur Tagesordnung, und zwar zunächst zu der Verhandlung über den Bericht des Abg. Schmitt, die Rechnungsnachweisungen des großh. Justizministeriums für die Jahre 1858 und 1859 betreffend.

Zu I. „Einnahmen, Lasten und Verwaltungskosten der Bezirksjustiz“, welche Abtheilung zum ersten Male in den Rechnungsnachweisungen des Justizministeriums erscheint, da das Jahr 1858 das erste ist seit der Trennung der Justiz von der Verwaltung, wird der Antrag der Kommission, die Einnahme mit 200,267 fl. 31 kr. und die Lasten mit 21,202 fl. 22 kr. für gerechtfertigt zu erklären, ohne Diskussion angenommen.

Zu II. Strafanstalten, bemerkt der Abg. Kirsner, es sei ihm aufgefallen, daß während bei allen anderen Strafanstalten der Aufwand im Jahr 1859 höher sei als im Jahr 1858, bezüglich der Weiberstrafanstalt Kislau das umgekehrte Verhältnis sich zeige.

Geh. Rath Jungmann gibt bezüglich hierauf die Auskunft, daß der Mehraufwand im Jahr 1858 namentlich durch die Verlegung der Anstalt von Bruchsal nach Kislau entstanden sei.

Es wird hierauf der Antrag der Budgetkommission, die Einnahmen der Strafanstalten mit 417,050 fl. und die Einnahmelaften mit 302,625 fl. 22 kr. für gerechtfertigt zu erklären, angenommen.

III. Eigentlicher Staatsaufwand. Tit. 1 Ministerium, Tit. 2 Oberhofgericht, Tit. 3 Hofgericht, Tit. 4 Bezirksjustiz geben zu keiner Diskussion Veranlassung. Bei Tit. 5 bemerkt der Abg. Krausmann, er habe der Bemerkung über die erfreuliche Abnahme der Vollstreckungen gerne zugestimmt; es sei aber nicht zu verkennen, daß gerade durch diese Abnahme der Vollstreckungen der Stand der Notare empfindliche pekuniäre Nachteile erleide; er freue sich über die im Budget zu Gehaltsaufbesserungen vorgesehene Summe, obwohl er nicht glaube, daß dieselbe ausreiche, die Notare zu entschädigen und ihnen die gebührende Stellung zu verschaffen; er wolle jedoch der Verhandlung bei Beratung des Budgets heute nicht vorzuziehen.

Tit. 6. Strafanstalten und Tit. 7. Verschiedene und zufällige Ausgaben geben zu keiner Bemerkung Anlaß.

Der Antrag der Kommission, die sämtlichen Ausgaben im ordentlichen Etat (Tit. 1—7) im Gesamtbetrag von 2,569,885 fl. 36 kr., ebenso die Ausgaben im außerordentlichen Etat mit zusammen 71,940 fl. 47 kr. für gerechtfertigt zu erklären, wird angenommen und die Sitzung hierauf beauftragt, die Wahlprüfung auf eine halbe Stunde unterbrochen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erstattet der Abg. Häusser Bericht über die Prüfung der Wahlen der neugewählten Abgg. Seig, Lamey und Hoffmeister, welche nunmehr ohne Diskussion für unbeanstandet erklärt wurden. Der anwesende Abg. Seig wird sogleich beidigt.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey, legt einen Gesetzentwurf über Aufhebung einzelner Beschränkungen des Rechts zur Berechtigung vor, ferner einen Gesetzentwurf über die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten vor, wonach diese Gleichstellung sofort eintreten solle. Für beide Gesetzentwürfe ist Ministerialrath v. Dufsch als Regierungskommissar ernannt.

Gemäß der Tagesordnung wird übergegangen zu der Verhandlung über den Bericht des Abg. Paravicini, die Rechnungsnachweisungen des großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1858 und 1859. Tit. I. Ministerium,

Tit. II. Evangelischer Oberkirchenrath, Tit. III. Katholischer Oberkirchenrath, Tit. IV. Sanitätskommission, Tit. V. Generalandesarchiv, Tit. VI. Kreisregierungen geben zu keiner Diskussion Veranlassung.

Bei Tit. VII. Bezirksverwaltung und Polizei, bemerkt der Abg. Vär: Die in Aussicht stehende neue Organisation der Bezirksverwaltungsstellen veranlaßt mich, die erste Gelegenheit zu ergreifen, um in diesem Betreff einen Wunsch an die Regierungsbank zu richten.

Nachdem im Jahr 1857 die Trennung der Verwaltung und Justiz auch in der unteren Instanz eingeführt wurde, hat man 10 Verwaltungämter aufgehoben und die ihnen unterstehenden Gemeinden benachbarten Bezirksamtern zugetheilt.

Ich habe von Anfang an bezweifelt, ob diese Maßregel zweckmäßig sei; und die seitberige Erfahrung hat gezeigt, daß meine Anschauung nicht unrichtig war.

Ich habe diese Amtersaufhebung nicht für zweckmäßig erachtet, weil sie mir keine Verbesserung der Verwaltung in Aussicht stellte, und weil auch die Art, wie die Zuteilung der aufgelösten Amtsbezirke an andere Ämter bewirkt wurde, mir nicht sachgemäß erschien.

Nach meiner Ansicht sind kleinere Verwaltungsbezirke im Interesse einer guten und erfolgreichen Verwaltung den größeren Bezirken unzweifelhaft vorzuziehen, und da ich unterstellen zu dürfen glaube, daß auch die großh. Regierung diese Ansicht theilte, konnte wohl nur die in vollem Maße anzuerkennende Absicht, eine Verminderung des Verwaltungsaufwandes zu erzielen, zu der erwähnten Maßregel führen.

Die wohlmeinende Absicht ist aber leider nicht erreicht worden, denn ich entnehme aus einer vor mir liegenden Vergleichung des Budgets vom Jahr 1857 mit jenen der neuesten Zeit, daß der Aufwand für Besoldung der Verwaltungs- und Polizeibeamten, für Amtsverweiser und Amtsgesellen, für Amtsaktuare, Amtsdienner und auswärtige Amtstage sich nicht nur nicht vermindert, sondern erhöht hat.

Bringe ich nun auch die inzwischen erfolgten Besoldungs- und Gehaltsveränderungen in Abzug, so ergibt sich jedenfalls so viel, daß der Aufwand für die Bezirksverwaltung seit Aufhebung der 10 Ämter sich nicht verminderte. Dagegen hat sich die Last der Amtsangehörigen der aufgelösten Ämter in ganz außerordentlicher Weise vermehrt, indem die Bewohner vieler Gemeinden jetzt 5 und 6 Stunden weit und zum Theil auf sehr beschwerlichen Wegen zu dem Amtssitz zu gehen haben, wohin sie früher in 1 bis 2 Stunden gelangten.

Ihr Aufwand an Zeit und Auslagen hat sich dadurch bedeutend erhöht.

Während diejenigen Orte, welche den Amtssitz verloren, in ihren Erwerbsverhältnissen zurückkamen, haben jene, deren Amt vergrößert wurde, sich nur eines verhältnismäßig kleinen Gewinnes zu erfreuen. Die in größerer Zahl eingeführten auswärtigen Amtstage bieten für den eingetretenen Verlust einen kaum nennenswerthen Ersatz.

Ein sprechendes Beispiel hierfür ist in den Bezirken der aufgelösten Ämter Neckargemünd und Stühlingen zu finden.

Meine Bitte an großh. Regierung geht deshalb dahin, falls eine neue Organisation der Bezirksverwaltungsstellen eingeführt wird, auf kleine Bezirke abzuheben und dabei diejenigen Orte, welche früher Amtssitz waren, insbesondere aber auch den Ort Stühlingen zu bedenken; im Falle aber eine neue Organisation nicht ins Leben treten sollte, wenigstens einige der früheren Ämter und unter diesen auch das Amt Stühlingen wieder herzustellen.

Abg. Schaaff stimmt dem Vordredner bei; die Aufhebung von Amtssitzen führe zu Unzufriedenheit und erzeuge Mißtrauen gegen die Regierung, das sich oft Jahrzehnte lang fortspitze. Er wünsche deshalb, daß bei der bevorstehenden Organisation Rücksicht auf die früher bestandenen Amtssitze genommen werde. Redner weist auf den früheren Amtssitz Jesetten hin, durch dessen Aufhebung gar nichts gewonnen worden sei; der Amtstag, der durch den Beamten von Waldshut abgehalten werde, verursache sogar jetzt mehr Kosten. Er habe das volle Vertrauen zu der Regierung, daß sie so viel irgend möglich Rücksicht nehmen werde; allein es wäre gut, wenn dieselbe darüber auch schon jetzt ein beruhigendes Wort spräche.

Abg. Fischer: Er habe schon bei der Aufhebung der betreffenden Amtssitze große Besorgnisse gehabt, daß dadurch keine Kostenersparnis erzielt werden würde; durch die Rechnungsnachweisungen habe es sich gezeigt, daß diese Besorgnisse gegründet gewesen seien. Es habe sich namentlich bezüglich des früheren Amtssitzes Meeröburg herausgestellt, daß nichts erspart werde. Es handle sich ja nicht bloß darum, ob so und so viel Geld aus der Staatskasse weniger ausgegeben werde; das Geld, welches die Amtsangehörigen jetzt für die weitere Reise zu einem entlegenen Amtssitz auszugeben genöthigt seien, gehe auch aus den Taschen des Bürgers und sei deshalb auch als Mehraufwand zu betrachten. Die Angehörigen des alten Amtes würden gern den durch die Wiederherstellung ihres Amtssitzes verursachten Aufwand an Steuern tragen.

Abg. Federer spricht ebenfalls den Wunsch nach Wiederherstellung der aufgehobenen Amtssitze aus.

Abg. Frölich: Zur Rechtfertigung der Maßregel der Aufhebung wolle er nur bemerken, daß ohne dieselbe die Tren-

nung der Justiz von der Verwaltung damals nicht hätte eingeführt werden können.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey: Wenn den geäußerten Wünschen nachgegeben würde, so würde wohl auf dem nächsten Landtag über allzu große Vermehrung der Beamten, über zu viel Verwaltung geklagt werden. Die Aufhebung hänge mit der Trennung der Justiz und Verwaltung zusammen, da durch diese der Geschäftskreis mancher Verwaltungsbeamten sehr verringert worden sei. Mit dem Bestehen eines Amtes seien für den Bezirk allerdings Vortheile verbunden; die Bervielfältigung der Verwaltungsstellen bringe aber mehr und größere Nachteile mit sich. Auch könne er nicht anerkennen, daß gerade die Aufhebung der 11 Ämter ungünstig auf das Budget gewirkt habe; würden sie noch bestehen, so würde eben der Budgetstand noch um den Aufwand von 11 Ämtern höher sein. Andere, mit der Aufhebung gar nicht zusammenhängende Aufwände, wie z. B. kostspielige Baureparaturen hauptsächlich, seien an dem hohen Stand des Budgets Schuld. Bezüglich des Amtes Neckargemünd, bei dem sich allerdings begründete Mißstände ergeben hätten, werde die Regierung selbst mit der Wiederherstellung nicht zögern, wenn diese Mißstände nicht anders gehoben werden könnten. Unzufriedenheit entstehe überall, wo lokale Verhältnisse verletzt werden; dadurch könne sich aber die Regierung nicht zurückschrecken lassen, die nöthigen Organisationen vorzunehmen, die jedoch mit möglicher Schonung vor sich geben würden. Er halte es aber nicht für gut, allzu große Hoffnungen auf Wiederherstellung in dem Augenblick zu erregen, wo man Hand an die Vereinfachung der Verwaltung lege. Allzu kleine Verwaltungsbezirke seien überdies seiner Ansicht nach nicht so zweckmäßig als größere.

Abg. Schmitt: Nach einer Zuschrift aus seinem Wahlbezirk bestehe die Besorgnis, daß allzu viel Amtssitze aufgehoben werden möchten; er glaube aber in dieser Beziehung der Ansicht der Regierung vertrauen zu können. Nur den Wunsch wolle er aussprechen, daß bei einer so tief in das Leben eingreifenden Aenderung zunächst diejenigen, die dadurch berührt werden, gehört würden.

Abg. Vär: Auf eine Bemerkung des Hrn. Ministers des Innern müßte er bemerken, daß Mangel an hinreichender Beschäftigung gerade bei manchen Justizbeamten vorhanden sei. Der Ansicht des Ministers des Innern, als seien kleine Amtsbezirke nicht so zweckmäßig wie große, müßte er aus eigener Erfahrung widersprechen. Er habe viele Verwaltungsbeamte klagend hören über die Unmöglichkeit, neben ihren laufenden Geschäften auch ihren Bezirk genau kennen zu lernen. Er bitte deshalb bei der Organisation mehr auf Herstellung kleiner als großer Verwaltungsbezirke zu sehen.

Abg. Schaaff spricht sich ebenfalls für kleine Verwaltungsbezirke aus. Regieren könne man von weit her, aber verwalten müsse man von der Nähe aus, wenn man gut verwalten wolle.

Berichterstatter Paravicini bemerkt, daß Besoldungs-erhöhungen und andere Gründe trotz der Aufhebung der 11 Ämter den Mehraufwand verursacht hätten. Ohne die Aufhebung würden zu der jetzigen Summe noch die Kosten der 11 Ämter hinzugekommen sein.

Der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Lamey: Die jetzige Aemtereinteilung sei so beschaffen, daß überhaupt und im Vergleich zu andern Ländern die Amtsbezirke nicht sehr groß seien. Wenn man die Erfahrung frage, so hätten die kleinen Bezirke, die ja bestanden, sich eben nicht bewährt, denn die tüchtigsten Beamten kamen, und zwar recht gern, in die großen Bezirke. Redner glaubt übrigens, die Besorgnisse durch die Erklärung beruhigen zu können, daß die jetzigen Bezirke so ziemlich bestehen blieben würden. Bezüglich des Wunsches, die betreffenden Amtsangehörigen zu hören, müßte er aber erklären, daß er die Beteiligte gerade am wenigsten gern höre, denn diese seien in der Sache Partei. Die einzige Versammlung, die zu hören sei, sei die Kammer.

Der Antrag der Kommission, die Ausgaben im Gesamtbetrag von 1,297,945 fl. 26 kr. nicht zu beanstanden, wird angenommen. Ebenso der Antrag der Kommission, bezüglich Tit. VIII. Aufwand für die allgemeine Sicherheitspolizei die Ausgabe mit 489,971 fl. 26 kr. für unbeanstandet zu erklären. Der inzwischen eingetretene Abg. Lamey von Pforzheim wird beidigt.

Die Kammer geht sodann über zur Verhandlung über den weitem Bericht des Abg. Paravicini, die Rechnungsnachweisungen des großh. Ministeriums des Innern für die Jahre 1858 und 1859 Tit. XIII. Landwirtschaft betreffend.

Nach einer kurzen, auf die landwirtschaftliche Zentralstelle sich beziehenden Debatte, woran Geh. Referendar Diez und die Abgg. Vär, Kirsner, Friderich und der Berichterstatter sich betheiligen, werden die Anträge der Kommission, die betreffenden Einnahmen und Ausgaben für unbeanstandet zu erklären, angenommen.

Ein Antrag des Abg. Mays, die Petitionskommission um 4 Mitglieder zu verstärken, wird unterjügt und angenommen.

Schluß der Sitzung.

Deutschland.

V Karlsruhe, 20. Jan. Mehrere öffentliche Blätter haben auf Grund einer von hier ausgegangenen Korrespondenz des „Schwab. Merkurs“ die Nachricht verbreitet, daß über den Abschluß des Handelsvertrags zwischen dem deutschen Zollverein und Frankreich durch die großh. bad. Regierung Gutachten von Seiten des Handelsstandes und der Landwirthe erhoben worden seien und daß sich die Mehrzahl der erhobenen Gutachten gegen den Handelsvertrag ausgesprochen habe. Da diese Nachricht auf den badischen Gewerbeverband den Schein wirft, als schene er ein freieres Mitwirken Frankreichs, so haben wir an kompetenter Stelle genauere Erkundigung eingezogen und folgende Auskunft erhalten: Die großh. Regierung hat nicht nur Vertreter des Handelsstandes und der Landwirtschaft, sondern auch der großen und kleinen Industrie über den abzuschließenden Vertrag einvernommen und — von ganz vereinzelten Ausnahmen abgesehen — gingen die Gutachten dahin: daß einem Handelsvertrage mit Frankreich nicht entgegen getreten werden solle, wofür durch denselben nur die volle Reziprocität in der Weise gewahrt werde, daß die Zollsätze des Zollvereins für französische Waaren nicht geringer seien, als die französischen Zollsätze für gleichartige deutsche Waaren künftig sein werden.

W Weichsel, 19. Jan. Das Schriftführeramt der ständigen Deputation des deutschen Juristentages hat in Nr. 1 der deutschen Gerichtszeitung die Bekanntmachung erlassen: 1) Die geehrten Mitglieder des deutschen Juristentages mögen in Gemäßheit des §. 5 des Statuts den Jahresbeitrag für 1862 mit 2 Thlrn. bis zum 31. Januar d. J. gefälligst dorthin portofrei einenden, widrigenfalls der Beitrag durch Postvorschuß eingezogen werden müßte. 2) Die Verteilung der neuen Mitgliedskarten (für 1862), sowie der ersten Hälfte des zweiten Bandes der Verhandlungen von 1861 erfolge im Februar d. J. Eine raschere Veröffentlichung jener Verhandlungen sei leider nicht möglich, da die letzten stenographischen Berichte viel umfangreicher als die vom Jahr 1860 seien und daher auch die Redaktion derselben einen noch größeren Aufwand von Zeit und Mühe erfordere. 3) Beitragsrückstellungen neuer Mitglieder seien unter Befugung des Jahresbeitrages von 2 Thlrn. an das Schriftführeramt zu richten. 4) Für die neuen Mitglieder betrage der Preis der Verhandlungen von 1860 und 1861 1 Thlr. der Band, sofern sie sich dieserhalb direkt an das Schriftführeramt unter portofreier Einwendung des betreffenden Betrages wenden. Der Buchhändlerpreis sei auf 2 Thlr. der Band festgesetzt. Die Jahre 1860 und 1861 umfassen 3 Bände. Indem wir dies den badischen Mitgliedern des deutschen Juristentages zur gefälligen Kenntnis bringen, fügen wir bei, daß das diesseitige Mitglied der ständigen Deputation auch dieses Jahr wieder bereit ist, die Beiträge zur weiteren Beförderung in Empfang zu nehmen.

M Mannheim, 19. Jan. (Mannh. Z.) Gestern wurde die hiesige Rheinbrücke abgefahren. Die Kommunikation mit Ludwigshafen wird in der früher angegebenen Weise ununterbrochen. Das Treibeis des Rheins hat heute Mittag nachgelassen, vermuthlich hat sich solches oberhalb gestellt; der Neidart geht stark mit Eis.

F Freiburg, 19. Jan. Dem Vernehmen nach wird mit Bezug auf die jüngste Veröffentlichung in der Angelegenheit der Lehr- und Erziehungsanstalten eine neue Broschüre über die Klosterfrage erscheinen. — Wir haben über Nacht von Null 10 Grad bekommen, nachdem glücklicher Weise vorher Schnee gefallen war.

* Frankfurt, 18. Jan. Dem offiziellen Bericht über die Bundestags-Sitzung vom 16. d. M. entnehmen wir Folgendes:

Hannover ließ seine Bereitwilligkeit erklären, die von der Nürnberger Handelsgesetzgebungskommission hinsichtlich der allgemeinen deutschen Wechselordnung empfohlenen materiellen Rechtsätze, soweit dieselben nicht bereits im Königreich Geltung haben, unter Vorbehalt der verfassungsmäßigen Zustimmung der allgemeinen Ständerversammlung im Wege der Landesgesetzgebung anzunehmen und einzuführen.

Für Luxemburg und Limburg wurde in Betreff derselben Angelegenheit auf eine frühere, die Annahme der deutschen Wechselordnung im Allgemeinen ablehnende Erklärung Bezug genommen.

Seitens Badens wurde wegen des in Aufforderung der Bundesversammlung von der Nürnberger Handelsgesetzgebungskommission aufgestellten Gesetzentwurfs über die in den deutschen Bundesstaaten in bürgerlichen Rechtsverhältnissen gegenseitig zu gewährenden Rechtshilfe erklärt: daß die großh. Regierung diese Ausarbeitung im Allgemeinen und ihrem materiellen Inhalte nach nur billigen könne; dieselbe lasse zwar dem Wunsche Raum, daß die gegenseitige Leistung der Rechtshilfe noch in weiterem Umfange hätte verordnet werden können, allein auch in seinem gegenwärtigen beschränkteren Umfange schienen die Bestimmungen des Gesetzentwurfs geeignet, einem allgemein anerkannten dringenden Bedürfnisse zu entsprechen und deren Einführung in Bezug auf das Verhältnis der einzelnen deutschen Staaten unter einander die günstigsten Wirkungen zu äußern. Wie die großh. Regierung daher nur wünschen könne, daß recht bald eine Form gewonnen werde, welche eine allseitige Annahme und Ausführung ermöglicht, so biete sich dazu für sie — indem die für Erlass eines allgemeinen deutschen Gesetzes erforderlichen Voraussetzungen in Ermanglung eines bundesverfassungsmäßig berechtigten Organs für Ausübung gesetzgeberischer Funktionen in Vertretung des Rechts der Stände des Großherzogthums nicht vorhanden seien — lediglich die Form eines Staatsvertrags. Diese Form zu wählen liege in der Hand der großh. Regierung, welche dazu durch die Bestimmungen ihrer Gesetzgebung ermächtigt sei. Die großh. Regierung erkläre ihre volle Bereitwilligkeit, wenn einmal die Zahl der kontrahirenden Regierungen feststehe, und Uebereinstimmung der Ansichten über Form und Inhalt des Vertragsgegenstandes erzielt sei, ihrerseits den Ausarbeitungen des Entwurfs in der Form

eines Staatsvertrags beizutreten, und es scheine derselben gleichbedeutend, ob dieser Vertrag durch unmittelbare freie Vereinbarung der Regierungen oder durch Vermittlung der Bundesversammlung zu Stande komme.

M Mainz, 19. Jan. Das „Mainz. Journal“ berichtet: „Ohne der kompetenten Stelle vorgreifen zu wollen, glauben wir vorläufig das Gerücht, als beabsichtige man, die Erziehung der Waisenkinder den barmherzigen Schwestern zu übertragen, zur Verhütung der öffentlichen Meinung als ganz unbegründet bezeichnen zu können.“ — Der Buchdrucker und verantwortliche Redakteur der „Mainz. Zeitung“, Hr. C. Helkermann, nimmt heute als Redakteur Abschied von seinen Abonnenten, „da er durch die in seinem Presseprozeß über „Deutsche Gedanken aus Mainz“ gegen ihn verhängte Gefängnisstrafe, welche er demnächst wird antreten müssen, sich genöthigt sieht, von der verantwortlichen Redaktion seines Blattes zurückzutreten.“

K Kassel, 17. Jan. (Zeit.) Heute Mittag erschienen in der Wohnung des Buchdruckers Schaezel zwei Polizeibeamte, um eine Durchsichtung derselben nach Exemplaren der „Zeit“ vorzunehmen. Wie es scheint, ist man in Folge eines Artikels, welcher aus der „Zeit“ in die „Morgenzeitung“ übergegangen war, auf den Gedanken gekommen, im Bureau der „Morgenzeitung“ werde das verbotene Blatt dennoch gehalten. Es fanden sich denn auch einige Nummern, die von den Polizeibeamten mit Befehl besetzt wurden. Nach den in Hessen geltenden Pressebestimmungen ist der Besitz einer verbotenen Schrift Niemand verwehrt; nur die gewerbsmäßige Verbreitung kann mit einer Geldstrafe von 10 bis 100 Thlrn. belegt werden. Die gesammte Bürgererschaft von Kassel kann also ein verbotenes Blatt, wenn sie die Portofosten nicht scheut, täglich lesen.

H Hannover, 16. Jan. Wie der „Hann. C.“ hört, hat der General-Postdirektor v. Brandis auf seinen Sitz in der Zweiten Kammer verzichtet. Es wird also von dem Könige auch für diesen Vertreter für den Klosterfonds ein neuer Deputirter zu ernennen sein. — Aus Göttingen verlautet, daß der Prof. Zacharia nach Hannover berufen ist. Es dürfte jedoch sehr gewagt sein, diese Berufung mit der Nachricht über die Resignation des Dergerechts-Vizepräsidenten Kanzenberger als Abgeordneten der Universität in Zusammenhang zu bringen.

S Schwerin, 16. Jan. Wie es heißt, soll der pensionirte Kriminaldirektor Bolte (der Inquirent in dem berühmten Wiggers'schen Prozeß) in Bügow geisteskrank geworden sein.

H Hamburg, 17. Jan. Einer Mittheilung der „Allg. Z.“ zufolge soll bei dem hiesigen Buchdrucker, aus dessen Offizin die Broschüre des Dr. Volkmann gegen den Herzog von Koburg hervorgegangen, das Manuscript zu einer zweiten Broschüre aus der nämlichen Feder und in derselben Angelegenheit konfiszirt worden sein.

K.C. Berlin, 17. Jan. Im Hause der Abgeordneten ist die Parteibildung nur insofern vorgerückt, als die Abgg. Ahmann, Tschow, Hürichs, Zimmermann, Müller (Demmin) und Gen. sich definitiv in folgender Form konstituirten haben: „Die unterzeichneten Mitglieder des Abgeordnetenhaus, einverstanden mit den Prinzipien des Wahlprogramms der Fortschrittspartei, sind auf Grund derselben zu einer engeren parlamentarischen Verbindung zusammengetreten.“ Unter den zunächst beigetretenen neuen Mitgliedern ist der Abg. Reichenheim. Die Abgg. Harfort, Stavenhagen, v. Bodum-Dolffs und Gen. bilden noch eine Vereinigung für sich, legen aber die freundschaftlichen Beziehungen zu dem eben genannten Kreis fort. Ueber die Zahlenverhältnisse dieser beiden mittleren Fraktionen läßt sich noch nichts Bestimmtes angeben. Der deutschen Fortschrittspartei sind jetzt 75 Mitglieder beigetreten. — Die Präsidienfrage wird jetzt in den Fraktionen eifrig verhandelt. Die deutsche Fortschrittspartei hat gestern beschlossen, den Abg. Behrend (Danzig) — außer ihm handelte es sich um den Abg. v. Körner (Solingen) — als ersten Vizepräsidenten aufzustellen, und unter der Bedingung, daß die rechte Seite des Hauses ihn mitwählt, ihrerseits für den Abg. Grabow als Präsidenten zu stimmen. Von anderer Seite wird als Kandidat zur ersten Vizepräsidentenstelle der Abg. v. Carlowitz genannt, welcher bis jetzt noch seiner Fraktion definitiv beigetreten ist.

* Berlin, 18. Jan. Beide Häuser des Landtags hielten heute Sitzungen. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit Prüfung der Wahlen, deren jetzt 280 genehmigt sind. Die des Kanonikus Gau gibt zu längeren Debatten Anlaß; eine Entscheidung soll erst getroffen werden, wenn neue Informationen vorliegen werden. Man will nächsten Montag an die Konstituierung des Hauses gehen, beziehungsweise den Präsidenten, die Vizepräsidenten und Schriftführer wählen, und dann die Wahlprüfungen fortsetzen. Im Herrenhause wurden die Schriftführer und mehrere Kommissionen gewählt. Der Handelsminister legt den Entwurf einer Begordnung für die gesammte preussische Monarchie vor.

Grabow's Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses erachten sämtliche Fraktionen für zweifellos. In Betreff der Wahlen des Vizepräsidenten verlautet bereits einiges Nähere. Die Partei Grabow glaubt mit der Kandidatur des Hrn. v. Körner durchdringen zu können; die Fortschrittspartei will der konstitutionellen Partei für den Fall entgegenkommen, daß letztere der Wahl des Hrn. Behrend Schwierigkeiten nicht in den Weg legt. — Die Fraktion Grabow zählte bis gestern 76 Mitglieder, daß aber wohl auf den Beitritt noch fehlender Abgeordneten rechnen. Zur Fraktion Harfort-Stavenhagen, die sich noch nicht konstituirte, gehören vorläufig 24 Mitglieder. Im Prinzip unterscheidet sie sich von der Fraktion Grabow nicht. Auch die Fraktion Zimmermann-Ahmann-Tschow versagt bereits über 24 Stimmen; sie behält sich die Wahl eines Vorsitzenden für jede einzelne Zusammenkunft vor und stellt ein eigenes Programm auf. Die katholische Fraktion, welche das Zentrum bildet, umfaßt 50 bis 55 Mitglieder. Die Polen zählen 23, die Konservativen (Kreuzalen) 15 Mitglieder. Der Fortschrittspartei haben sich bis

gestern im Ganzen 62 Abgeordnete angeschlossen. Zum nächsten Dienstag werden Regierungsvorlagen erwartet.

* Berlin, 18. Jan. Die Sternzeitung beleuchtet heute die Aeusserungen der österreichischen und deutschen Presse über die Note des Grafen Bernstorff, betr. die Bundesreform. Sie konstatiert, daß die österreichischen Blätter aller Farben sich einstimmig dagegen ausgesprochen haben, und sucht u. A. nachzuweisen, daß in Dem, was sie vorbringen, viel Irrthümliches und Mißverständliches enthalten sei. So handle es sich bei den preussischen Vorschlägen z. B. nicht darum, der Unabhängigkeit eines einzigen Staates zu nahe zu treten. Was erstrebt wird, sei allein die Sammlung derjenigen Funktionen, „die sich einzeln nur mäßig verwenden lassen und in jedem andern großen Gemeinwesen bereits zentralisirt sind.“ Ueber eine Gewährleistung des ganzen österreichischen Besitzstandes, und zwar als Aequivalent eines Alternats im Bundespräsidium, will das Blatt nicht reden; der Gedanke ist ihm „transcendental“. Schließlich sagt es:

„Im übrigen Deutschland, wir freuen uns, es sagen zu können, ist den preussischen Vorschlägen eine billigere Aufnahme bereitet worden. Abgesehen von einer gewissen Klasse von Organen, gibt sich eine anerkennende Stimmung für die Entschiedenheit der preussischen Meinungsäußerung kund. Zwar treten Ausschläge hervor; aber, im bedeutsamen Gegensatz zu den herberen Klagen früherer Perioden, betreffen sie mehr die Mittel, welche zur Realisirung der Propositionen gewählt werden möchten, als die Richtung und den Gegenstand der Propositionen selbst. Wir glauben auch in dieser Hinsicht eine Berichtigung unserer Position mit guter Aussicht unternehmen zu dürfen. Die Regierung von Preußen verfügt über keine Mittel, sie wären denn legal.“

Der Natur der Dinge nach lassen sich hier nur allmähliche Erfolge erwarten. Aber wir fragen die ungeduldige Presse, ob der ruhige Fortschritt in dieser Richtung nicht von unendlichem Werth ist? Ob die Thatfache, daß die preussische Regierung in offener Aussprache das Ziel bezeichnet und den Weg betreten, nicht von Bedeutung für die Geschichte deutscher Verfassungen ist? Wir fragen, ob die Nation nicht mit wachsender Zuversicht auf die endliche Erfüllung ihrer Geschichte zu zählen berechtigt ist, wenn der große, langsam errungene Gedanke der Wiedererhebung gesammteuropäischer Gewalt von der Regierung des mächtigsten aller reipolitischen Staaten zu dem ihrigen gemacht und in geistlicher Weise verfolgt wird? Wir fragen, ob seit dem ersten vagen und wirren Wiederansatzern der Einheitsidee ein einziger offizieller Schritt geschehen ist, der sich an Werth und Fruchtbarkeit dem gegenwärtigen vergleichen läßt?

Während den Regierungen ernste Erwägungen nahe gelegt sind, hat auch die Nation ihre Pflicht zu erfüllen. Noch wird der Gedanke nicht von allen Seiten gebilligt, welcher den preussischen Aeusserungen zu Grunde liegt. Es bedarf der regen Arbeit des öffentlichen Geistes und des anhaltenden Austausches der Meinungen, um die wünschenswerthe Einigung zu erzielen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, wie Vieles in diesem Punkte zu thun bleibt. Die Basis indessen ist gewonnen, und dem Reim, welchen die preussischen Ideen gelegt, wird eine Entwicklung nicht fehlen. Sie zu fördern und durch ausdauernde Pflege zur endlichen Reife zu bringen, muß der fortwährenden Evolution der vaterländischen Geschichte anvertraut werden. Wenn in den repräsentativen Versammlungen der Einzelstaaten eine Majorität für die preussischen Ideen gewonnen ist, so wird die Frage in ein neues Stadium gelangt, welches dem zufriedenstellenden Ausgang eine Strecke näher gerückt ist.

Man schreibt der „Allg. Z.“: Die Verfügung des Grafen Bernstorff wegen der deutschen Sprache hat in der Diplomatie einige nicht uninteressante Zwischenfälle hervorgebracht. Die Gesandten Rußlands, Hollands und Schwedens sollen in der Unterhaltung mit ihren Kollegen geäußert haben, sie würden von der Gegenseitigkeit Gebrauch machen und ihrerseits ihre Mittheilungen an das preussische auswärtige Amt russisch, holländisch und schwedisch abfassen. Uebrigens wird man wohl in solchen Fällen, wo sich aus der Korrespondenz lediglich in deutscher Sprache erhebliche Mißstände ergeben würden, nicht rigoros auf der Berordnung bestehen. — Die Nachricht von dem Ausfall des gegen die beiden Leutnants v. Sobbe und Pusk — bekanntlich die Urheber eines maßlosen Grzeszes, dessen schuldloses Opfer in Magdeburg ein armer Hausknecht wurde — vor dem Kriegsgericht anhängig gemachten Prozesses hat, wie von der Berliner Presse darüber gebrachten Urtheile beweisen; einen tiefen und nichts weniger als günstigen Eindruck gemacht. Das Organ der konstitutionellen Partei, die „Berl. Allg. Ztg.“, hat sogar eine etwaige Interpellation in dem Betreff angeregt. Man macht jetzt darauf aufmerksam, daß über den Spruch des Kriegsgerichts die höchste Entscheidung noch nicht erfolgt sei, weshalb man billiger Weise sein Urtheil vertragen müsse.

* Berlin, 19. Jan. Die Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Frankreich sollen wieder im lebhaftesten Gange sein und man will wissen, daß nunmehr ein Vertragsabschluß in unabweisbarer Aussicht trete. Doch verlautet zugleich: einige der neueren französischen Ausgleichungsanträge würden noch erst eine Vorverständigung Preußens mit den übrigen Zollvereins-Staaten nöthig machen. — Die Verhandlungen mit Bremen über eine Seeschutzkonvention sollen den besten Fortgang nehmen und einen baldigen Abschluß erwarten lassen. Das Gleiche wird in Betreff der Unterhandlungen über eine Militärkonvention Preußens mit Weimar, Altenburg und dem Fürstenthum Reuß versichert. — Die Aussicht auf Verantwortung der Königl. Thronrede durch eine Adresse des Abgeordnetenhauses schwindet immer mehr. Namentlich zeigt sich die konstitutionelle Partei für diesmal zur Aufnahme einer politischen Adressdebatte nicht geneigt. In der Fortschrittspartei ist der Wunsch nach Berathung einer Adresse noch immer vorwiegend. Jedoch wird dieselbe schwerlich einen ernsten Meinungsstreit über die Adressfrage herbeiführen. — Die längere Zeit mit Eifer betriebene Verschmelzung der beiden liberalen Fraktionen Grabow und Harfort soll hauptsächlich wegen einer verschiedenen Stellung heider zu der Militärangelegenheit nicht zu Stande gekommen sein. Namentlich scheint die Fraktion Harfort ihre Zustimmung zu den Armeeverlagen noch von der Erfüllung mehrerer Vorbedingungen abhängig zu machen.

Schleiz, 14. Jan. Seit Anfang der vergangenen Woche ist der Feudallandtag des Fürstenthums Neuchâtel in die Linie in Greiz versammelt, um den von der dortigen Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf zu beraten.

Wien, 19. Jan. Nachdem so eben noch der „Votivschafte“ die Reise des Grafen Neuchâtel nach Venedig mit der deutschen Reformfrage in Zusammenhang gebracht und dabei die Hoffnung ausgesprochen, es werde schließlich doch noch gelingen, auch Preußen (gleich den Mittelstaaten) mit dem Gedanken einer Garantie des österreichischen Gesamtterritoriums zu versöhnen, bringt die „Presse“ eine neue Version über die Sache. Ihr zufolge hätte das Turiner Kabinett sich durch die neuen Ideen des Kaisers und des F. J. M. v. Benedek unangenehm berührt gefühlt und an jenes von Paris eine Vorstellung in Form einer Beschwerde gegen Oesterreich gerichtet, um durch Vermittlung Frankreichs, wegen dieser ungewöhnlichen und provozirenden Demonstration Oesterreichs, Erklärungen zu verlangen. Es scheint, daß Frankreich eine bezügliche Anfrage gestellt habe. Die Antwort auf dieselbe soll nun dem Grafen Neuchâtel Veranlassung zu der Reise nach Venedig gegeben haben. In der Antwort soll u. A. bemerkt worden sein, daß die während der Anwesenheit des Kaisers in Verona stattgehabten Kundgebungen, weit entfernt, herausfordernder Natur zu sein, höchstens nur als eine indirekte Antwort auf die in letzter Zeit so oft wiederholten Propaganden in der Turiner Kammer gelten könnten. Wenn in Turin täglich zum Kreuzzug gegen Oesterreich gepredigt werde, so könne man dieses das Recht nicht streitig machen, seinerseits Kundgebungen, daß es einen Angriff nicht fürchte. Gleichzeitig habe das Wiener Kabinett auf eine andere Anfrage, die Veränderung des Aufenthaltsortes Franz II. betr., geantwortet, daß es die gewünschte Pression auf den erkrankten König ablehnen müsse. — Es wurde bereits gemeldet, daß der Kaiser in Verona eine Million Gulden zu dem Bau eines Militärhospitals bewilligt habe. Die Frage, wobei diese Summe zu nehmen sein werde, soll dahin erledigt worden sein, daß der Ertrag der nächsten Wohlthätigkeitslotterie für diesen Zweck bestimmt wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. Jan. (Presse.) Offizielle Nachrichten aus Wien melden, daß die Gerüchte über die bevorstehende Ernennung des Erzherzogs Rainer zum Palatin aller Grundlage entbehren.

Italien.

Turin, 18. Jan. Die Kammer hat den Gesetzentwurf für eine allgemeine italienische Ausstellung in Neapel im Jahr 1863 in Erwägung gezogen. Die „Italie“ dementirt das von einigen italienischen Blättern gebrachte Gerücht von Mißbilligungen zwischen General Goyon und General Lamarmora.

Frankreich.

Paris, 18. Jan. Fast jeden Tag versammeln sich die Minister zu Beratungen unter Vorsitz des Kaisers. In der letzten Beratung brachte Hr. Fould auch die Frage der Besetzung Roms zur Sprache und empfahl — aus Ersparungsgründen — die Nämung der päpstlichen Hauptstadt; die Majorität der Minister schloß sich seiner Ansicht an, nur Villault, Randon und Walewski stimmten für die Fortdauer der Okkupation Roms durch die französische Truppen. Nach beendeter Diskussion schloß der Kaiser sich der Minorität an und erklärte: „Es könne keine Rede sein von der Nämung Roms — in diesem Jahr!“ — Die Wiederernennung eines päpstlichen Nuntius am ruffischen Hof nach fünfjähriger Unterbrechung ist ein Ereigniß von großer Tragweite für den hl. Stuhl und sicher nicht ohne Einfluß auf die Haltung des Kaisers in dieser Frage. Dieser Entschluß des Papstes — äußerte gestern Hr. v. Kisseff — ist ein äußerst kluger Schritt; der Papst beweist, daß seine weltliche Macht noch lange nicht zu Ende ist.“ — In St. Petersburg scheint man von der Ernennung eines Nuntius großen Einfluß auf die Bewegung in Polen zu erwarten; man hofft die Sache des Katholizismus und die der Revolution dadurch streng zu scheiden. Die Nachrichten aus dem Innern Russlands lauten günstiger; Bauern und Edelknechte fangen an, sich in die neue Lage der Dinge zu fügen. — Heute fand in den Tuilerien abermals Ministerrath statt. Die H. Morny und Troplong wurden in die Sitzung berufen. Wahrscheinlich handelt es sich um Fassung von Verordnungen, welche der Feststellung der Thronrede des Kaisers voranzugehen müssen: Rom, Antike, Konvention, Steuern u. s. w. Was letztere betrifft, so sollen, wie man vernimmt, neben der Besteuerung von Luxuswagen und Pferden auch die Stempelformen erhöht, dagegen die Abgabe auf kleine Patente abgeschafft oder stark vermindert werden. Ueber die öffentlichen Auftritte sowohl des Bischofs als des „Siecle“ zu Gunsten der Eyoner Arbeiter soll, wie man versichert, der Kaiser sehr ungehalten sein. Se. Majestät sieht darin kirchlich-demokratische Bestrebungen, bestimmt, die nächsten Wahlen zu beeinflussen. — „Mond“ und „Am de la Religion“ sind vom Ministerium des Innern aufgefordert worden, sich der weitem Diskussion des neuen Schreibens des Bischofs von Arras zu enthalten, bis auch die neue, auf Aktienstücke gestützte Erweiterung des Hrn. Rouland vorliegen wird. — Wie Sie wissen, hat Hr. Feltet an vom „Cour du Dimanche“ das Anerbieten der Prinzen von Orleans, die Geldstrafe der 2000 Fr. für ihn zu tragen, abgelehnt; Hr. Pelletan verkauft jetzt seine Bibliothek, um die ihm auferlegte Buße zu bestreiten. — Der „Gazette de France“ zufolge wäre es nicht Hr. Berryer, sondern Hr. Lachaud, welcher Hr. Mirès in Douai verteidigen wird. — Gestern wurde im Komitee der Akademie die Wiederbesetzung der erledigten Stühle Scribes und Lacordaire's besprochen. Für Erstern blieb trotz der Gegenbemühungen der laf. Akademienmitglieder St. Beauve, Merimee, Lebrun u. s. w. die Kandidatur des Hrn. Albert v. Broglie aufrecht erhalten.

Für Letztern sind die beiden begünstigten Bewerber Cavalleri Fleury und Desave Feuille. — Wie die „Patrie“ aus Athen (S.) berichtet, hatten sich der König und die Königin Tags vorher nach dem Piräus begeben, um die neue, aus dem Arsenal von Poros hervorgegangene Dampfboote „Amelie“ zu besichtigen. Ihre Majestäten wurden von der Bevölkerung und von den im Hafen liegenden Kriegsschiffen aller Nationen aufs beste empfangen. — Infolge der offiziellen Zählung der französischen Truppen in Algier bestehen dieselben gegenwärtig aus: 32,000 Mann Infanterie, 10,000 M. Kavallerie, 3000 M. Artillerie, 1500 M. Genie, 500 M. Arbeiter. Zusammen aus 51,500 Mann. — Heute war einer der kältesten Tage des diesjährigen Winters. Am Morgen war das Thermometer auf fast 10 Centigrades unter Null gefallen. — Die heutige Börse eröffnete in starker Hausse. Rente stieg auf 69.90. Die Räte des 7ers veranlaßte jedoch Realisation, welche die Proz. auf 69.60 zurückführte. Man schloß zu 69.80. Der Mobilienkredit vermag dieses Mal der Bewegung nicht zu folgen und bleibt ziemlich stationär um 735. In diesem Augenblick ist es eben nicht Preire, sondern Nothhilfe, welcher den Markt beherzigt.

Spanien.

Madrid, 15. Jan. Der „Correspondencia“ zufolge sind gestern 6 Mann vom „Sumter“ desertirt und haben sich dem Konflikt der Vereinigten Staaten gestellt, der den Militärgouverneur ersuchte, sie unter seinen Schutz zu nehmen. Der Kapitän des „Sumter“ verlangte seinerseits, daß man dieselben auslieferere, da es Desertere seien. Die Regierung schloß dieses Begehren ab, indem sie sich darauf stützte, daß Spanien die konföderirten Südstaaten noch nicht anerkannt habe, und daß außerdem kein Auslieferungsvortrag zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten bestehe.

Madrid, 18. Jan. Der „Sumter“ ist nach Gibraltar abgesegelt. In der Abgeordnetenkammer fand die Budgetdiskussion statt. Das Gerücht, die Regierung beabsichtige, die Kammer zu schließen, ist falsch.

Russland und Polen.

St. Petersburg, 18. Jan. Die heutige Nummer der Senatszeitung enthält die Ermächtigung zur Ausgabe von 30 Mill. Schatzscheinen zum Behufe der Subventionszahlung an die Eisenbahn-Gesellschaft. Die Schatzscheine werden vorläufig nicht ausgegeben, indem die Staatsbank dieselben escomptirt.

Amerika.

New-York, 7. Jan. Im Kongreß hat die Verhandlung der Trent-Angelegenheit begonnen. Ballandige ist sehr unzufrieden mit der Freilassung von Mason und Sidell. In weniger als drei Monaten werde Amerika dennoch mit England im Kriege sein, oder mindestens werde Amerika die Anerkennung des Südens und die Aufhebung der Blockade zugesprochen müssen. Thomas meint, England habe einen Schritt gethan, der bei den Amerikanern ein Gefühl der Unrechtheit hinterlassen habe, das auf Gelegenheit der Vergeltung warte. Die „New-York Times“ meldet, ein Komitee des Kongresses werde einen Bericht erstatten mit dem Vorschlag zur Ausgabe von 100 Millionen Doll. Goldscheine mit Zwangskurs, unumkehrbar gegen sechsprozentige Staatsanleihe. Ein gleiches Privilegium soll auf die bereits im Umlauf befindlichen Goldscheine ausgedehnt werden. Die Zeitungen von Richmond melden die Ankunft des südlichen Dampfschiffes „Jabel“ in Charleston; es komme mit einer Ladung Waffen von Nassau. Die „Tribune“ behauptet, England werde Matamoros besetzen und den Baumwollhandel mit dem Süden durch Brownsville in Texas eröffnen. Der neue Tarif für Thee und Kaffee soll auf die in den steuerfreien Niederlagen befindlichen Waaren keine Anwendung finden. Der Bürgermeister von New-York sagte in einer Rede, Angesichts der kritischen Lage der auswärtigen Beziehungen und der Seitens Englands wiederholt gegebenen Beweise von Uebelwollen erforderten die Vertheiligungsmittel New-Yorks eine besondere Aufmerksamkeit, und er bestelle darauf, daß Vorkehrungen getroffen würden, nöthigenfalls den Kanal durch Hindernisse für Schiffe unpassierbar zu machen.

New-York, 9. Jan. Die H. Mason und Sidell halten sich nach den Vermuthungen, von wo aus sie nach Southampton weiterreisen wollten. Der verloren geglaubte englische Dampfer „Varan“, welcher 1100 Soldaten an Bord hatte, war bei Kap Breton angekommen.

New-York, 7. Jan. Der „Herald“ zeigt an, daß die Unionstruppen am 3. bei Hilton Head, in der Nähe von Port Royal, einen großen Sieg errungen haben. Die Kanonenboote waren bei dem Kampf theilhaftig. Die Bundesstruppen haben sich Charleston um 6 Meilen genähert. Der Dampfer „Vanderbilt“ hat 3700 Ballen Baumwolle von Port-Royal nach New-York gebracht. In Maryland hat an den Ufern des Potomac und Hancock ein Zusammenstoß stattgefunden. In dem Kampfe bei Huntersville, in Westvirginien, ist kein entscheidendes Resultat erzielt worden. Die Südstaaten haben sich mit großen Verlusten zurückgezogen.

Vermischte Nachrichten.

Wien, 19. Jan. Es freut uns, über das am 13. d. abgehaltene 1. Stiftungskonzert des Chorvereins nur Gutes berichten zu können. Was in einer so kurzen Zeit der Bestrebungen erreicht worden konnte, würde dem vorurtheilfreien Beurtheiler gewiß geboten, und wir dürfen sagen, daß der noch jugendliche Verein seine erste Probe recht glücklich bestanden hat. Die Chöre wurden unter der treulichen Leitung ihres Dirigenten, Hrn. Josephinus Seiler, sehr bestiebig angeführt, und bei fortgesetzten gewissenhaften Uebungen kann es nicht fehlen, daß seiner Zeit die Leistungen des Chorvereins sich in würdiger Weise den Probantinnen längst bestehender und geübter Sängerkorpsen pariren werden können. Ein besonderer Vortheil ist dem Vereine dadurch geboten, daß er für den instrumentalen Theil jetzt schon

recht schöne Kräfte besitzt; die Vorträge des I. Quartetts von Mozart in G-Dur, sowie besonders das Mendelssohn'sche Trio gaben hierfür die sprechendsten Beweise. Die Fantaſie von Schubert über Motte aus den Jugennoten wurde ebenfalls durch ein Vereinsmitglied in glänzendster Weise ausgeführt. In freundlichster Weise unterstützt wurde das Konzert durch die höchst gelungenen Vorträge der H. Stofzenberg, Mayerhofer und Gerek. Rauschender Beifall, sowie lebhafter Hervortritt lobte die vortrefflichen Leistungen eben genannter Herren.

Emmendingen, 18. Jan. Bei der gestern erfolgten Wahl eines Ausschusses für die Generalversammlung der landwirtschaftlichen Vereine wurde der Vorstand der Ackerbauschule Hochburg, Hr. Käger, fast einstimmig erwählt. Zugleich wurden die von dem großh. Handelsministerium aufgestellten Hauptfragen über die Organisation des landwirtschaftl. Vereins einer Besprechung unterzogen.

Die erste und wichtigste Frage wurde einstimmig dahin beantwortet, daß eine Trennung der landwirtschaftl. Vereine von der großh. Centralstelle, also eine von jeder staatlichen Leitung vollkommene Befreiung derselben, nicht wünschenswert sei. Ein solches Verlangen, wie es beim Beginn der öffentlichen Besprechung der Organisationsfrage mehrfach gestellt wurde, beruht — dahin ungefähr sprach sich die Ansicht der Majorität aus — auf einer Verkenntnis unserer Verhältnisse und auf einer übertriebenen Ausdehnung des Prinzips der Selbstregierung. Beispiele wie die von England, wo man allerdings von einer staatlichen Leitung des Vereinswesens nichts weiß und die Vereine doch Großes leisten, passen auf unsere Verhältnisse nicht ganz. Bei uns liegt — oder sollte es wenigstens — der Schwerpunkt in dem Bauernstand, dort in dem der großen Gutbesitzer und großen Pächter; bei uns ist daher eine derartige Theilnahme, ein ähnliches Opfern von Zeit und Geld von Seiten eines jeden einzelnen Mitgliedes unmöglich. Zudem ist man bei uns von jeher gewohnt, die Anregung und Leitung gemeinnütziger Dinge von Staat zu erwarten, und beginnt erst jetzt, eine größere Selbstbetheiligung des Einzelnen an der Verwaltung anzubahnen. Ein plötzlicher Uebergang von dem bisherigen System in das entgegengelegte würde sicherlich dem Vereinsleben schaden, eben weil wir nicht gewohnt sind, allgemeine Angelegenheiten dieser Art getrennt vom Staat zu betreiben. Vor wenigen Jahren suchten die Gewerbevereine eine ähnliche zentrale Stelle zu erhalten, weil sie das Bedürfnis der Vereinigung unter staatlicher Leitung fühlten; es wurde damals nicht bestritten, und zu einer freiwilligen Vereinigung ist es heute noch nicht gekommen. Dagegen wurde auch hier anerkannt, daß eine größere Betheiligung der Vereine bei der Leitung der landwirtschaftl. Angelegenheiten wünschenswert und dem Erstarben des Vereinslebens förderlich sei.

Eine zweite Frage betrifft die Begrenzung der Bezirksvereine, für welche mehrseitig statt der bisherigen Abgrenzung nach Amtsbezirken eine solche nach natürlichen Grenzen verlangt wurde. Auch diese Aenderung wurde abgelehnt. Es ist das — sagte man — theoretisch recht schön, aber praktisch nicht ausführbar. Mit dem Amtlich verbunden den Landmann vielerlei Interessen; es ist zugleich sein Markort, der Mittelpunkt des Verkehrs, und wird deshalb ohnehin häufig besucht. Dies wiegt sogar schwerer als die Bequemlichkeit. Es gibt z. B. nicht leicht eine Gegend von ähnlicherer Boden- und Kulturverhältnissen, als den Kaiserstuhl, der sich demnach zu einer solchen Begrenzung eines Vereins nach natürlichen Grenzen gut eignen würde. Seiner Ausführung würden sich aber unübersteigliche Hindernisse in den Weg stellen. Nur für ganz spezielle Zwecke wäre eine solche Anordnung gerechtfertigt; wie z. B. für Weinbau, Tabakbau u. s. Solche spezielle Verbindungen können aber ganz wohl innerhalb der Vereine bestehen und hätten auch bisher bestehen können. Die bisherige Organisation hemmt das nicht, so wenig wie einen Bienenverein, Geflügelzuchtverein u. Ueberhaupt dürfte es bei der herrschenden Bewegung und der bevorstehenden entscheidenden Diskussion der landwirtschaftl. Fragen gut sein, sich daran zu erinnern, daß die beste Organisation nicht die theoretisch vollkommene, sondern diejenige ist, die den gegebenen Verhältnissen im Sinne gesunden Fortschritts gehörig Rechnung trägt.

Staufen, 18. Jan. Der hiesige landwirthsch. Verein hat zu seinem Vertreter bei dem landwirthsch. Centralausschuß den Hrn. Postmeister J. Stigler (Sohn) in Krozingen gewählt.

Konstanz, 17. Jan. Laut Bekanntmachung der Regierung kamen im Jahr 1881 im Seckreis folgende Todesfälle durch Unfall vor: 42 Erwachsene und 19 Kinder. Kinder fanden 7 durch Ertrinken, 4 durch Brandwunden, 4 durch Ueberfahren, 2 durch Herabstürzen, 1 durch Vergiftung, 1 durch Erdrückwerden in einem Mühlenwerk den Tod. Von den Erwachsenen starben: 17 durch Herabstürzen von Wagen, Bäumen, aus Fenstern und nicht verwehrten sog. Oberbänken, 11 durch Ertrinken, 3 durch Erschlagenwerden beim Holzfällen, 2 durch Ertrinken, 2 durch Tritte von Thieren, 2 durch Explosion einer Pulvermühle, 1 durch Ertrinken, 1 durch unvorsichtige Handhabung eines geladenen Gewehrs, 1 durch Umstürzen eines Wagens, 1 durch Ueberfahren und 1 durch Erdrückwerden in dem Kammerad einer Dalmühle.

Dffenbach, 19. Jan. (Prob.) Die nun abgeschlossenen hiesigen Sammlungen zur deutschen Flotte ergaben in runder Summe brutto 2050 fl. — Für die vertriebenen Schleswig-Holsteiner sind hier im Laufe der Zeit an 3600 fl. netto zusammengekommen.

Marburg, 16. Jan. (S. M.) Am 11. d. hatten sich mehrere hiesige Bürger im hiesigen Wirtschaftstokale beim Glase Bier über die Verfassungssache unterhalten. Nachdem einer derselben die Verfassung von 1831 hätte leben lassen, wurde am 13. dem Schenkweirth vom Polizeirath Müller eröffnet, die Wirtschaft würde im Wiederholungsfall geschlossen werden.

Hamburg, 17. Jan. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Borussia“, Kapitän Trautmann, welches am 15. Dez. von hier und am 18. Dez. von Southampton abgegangen, ist nach einer Reise von 13 Tagen 1 Stunde am 31. Dez. wohlbehalten in Neu-York angekommen.

Würzburg, 18. Jan. Gestern Nachmittag starb in Folge eines Schlagflusses der Universitätsprofessor L. Rumpf im 69. Lebensjahre.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Hermann Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag, 21. Jan. 1. Quartet. 11. Abonnementsvorstellung: Iphigenie auf Tauris; Schauspiel in 5 Akten, von Goethe.

